

Nr. 20/77

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Stand und Umsetzung des Küstenschutzes im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 1. Oktober 2019
(Drucksache [20/94](#))
2. Klimaschutzstrategie für Bremen: Enquete-Kommission einsetzen
Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 12. November 2019
(Drucksache [20/156](#))
3. Bremen befindet sich in einer Klimanotlage – jetzt gegensteuern in Richtung Klimaneutralität!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/195](#))

Nr. 20/78

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 9. Dezember 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Bericht des Senats über die Aktivitäten der nordmedia – Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH (nordmedia) für das Jahr 2018
Mitteilung des Senats vom 19. November 2019
(Drucksache [20/173](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht Kenntnis.
2. Rechnung des Rechnungshofs über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 2018
Bericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen
vom 23. Mai 2019
(Drucksache [19/2195](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt gemäß § 101 Landeshaushaltsordnung dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen wegen der Rechnung über seine Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2018 in Kapitel 0011 des Haushalts der Freien Hansestadt Bremen Entlastung.
3. Rechnung des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 2018
Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses
vom 22. November 2019
(Drucksache [20/181](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht Kenntnis.

4. Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 3

vom 29. November 2019
(Drucksache [20/189](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 20/79

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag des Abgeordneten Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Alleinerziehende und Frauen auf dem Bremer Arbeitsmarkt abhängt – ressortübergreifendes Umsteuern überfällig!“

Nr. 20/80

Sprachbildung und -förderung in Kindertagesstätten und Schulen weiterentwickeln!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 23. Oktober 2019
(Drucksache [20/111](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis sechs Monate nach Beschlussfassung ein Konzept vorzulegen, in welchem dargelegt wird, wie die vorschulische und schulische Sprachbildung und -förderung zeitnah so neu ausgerichtet werden kann, dass alle Kinder mit entsprechendem Bedarf gezielt gefördert und damit soziale Ungleichheiten verringert werden können. Insbesondere ist hierbei darzustellen:

1. wie auf der einen Seite die bisherigen positiven Erfahrungen aus Bremer und Bremerhavener Kindertagesstätten und Schulen einbezogen und weiterentwickelt und auf der anderen Seite die neuesten nationalen und internationalen wissenschaftlichen Erkenntnisse berücksichtigt werden können. Im Konzept sind auch Lücken im Wissensstand zur Sprachförderung zu identifizieren und entsprechend die im „Bremer Konsens zur Schulentwicklung 2018 bis 2028“ verabredete zusätzliche wissenschaftliche Expertise zu projektieren. Erkenntnisse aus dieser zusätzlichen Expertise sind laufend in die Prozesse der Sprachförderung einzupflegen.
2. wie sichergestellt werden kann, dass das gesamte pädagogische Personal entsprechend dieser Erkenntnisse aus- und fortgebildet werden.
3. in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt weiterhin eine möglichst verbindliche und frühzeitige Sprachstandsfeststellung bei jedem Kind vorgenommen werden kann. Dabei sind die mit dem Cito-Sprachtest gemachten Erfahrungen auszuwerten und mögliche Alternativen und Erfahrungen mit einer erweiterten Diagnostik, zum Beispiel auch ein Testen des aktiven Wortschatzes, aus den anderen Bundesländern zu überprüfen. Die Sprachstandsfeststellung sollte einen ganzheitlichen, ressourcenorientierten Ansatz verfolgen indem zum Beispiel muttersprachliche Kenntnisse berücksichtigt werden.
4. wie es zu einer verbindlicheren Zusammenarbeit zwischen den Kindertagesstätten mit den Grundschulen, sowie den Grundschulen mit den Schulen der Sekundarstufe I im Bereich der Sprachbildung und -förderung kommen kann. Ziel soll es hierbei sein, Verbünde für ein durchgängiges Konzept für die Sprachbildung und -förderung zwischen den Kindertages-

stätten und Schulen in Bremen und Bremerhaven einzuführen beziehungsweise weiterzuentwickeln. Hierbei ist zu benennen, welche zusätzlichen personellen und finanziellen Ressourcen den beteiligten Kindertagesstätten und Schulen für diese Kooperationen zur Verfügung gestellt werden müssen.

5. in welcher Form auch interkulturelle Kompetenzen und Mehrsprachigkeit der pädagogischen Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen sind und die hierin liegenden Chancen sinnvoll eingebunden werden können.
6. in welchem Zeitrahmen die unter 1. bis 5. benannten Punkte umgesetzt werden können (Zeit-Maßnahmen-Plan) und mit welchen zusätzlichen notwendigen Ressourcen etwa für die Kooperationen und die Weiterbildung von Fachkräften zu rechnen ist.

Nr. 20/81

Kein Asyl für Kriminelle mit Einreiseverbot!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 12. November 2019
(Drucksache [20/150](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/82

Zivilgesellschaftliches Engagement fördern: Gemeinnützigkeitsrecht modernisieren und erweitern

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 19. November 2019
(Drucksache [20/178](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene bei der anstehenden Reform der Abgabenordnung (AO) in Bezug auf die Gemeinnützigkeit von Körperschaften, insbesondere §§ 51 bis 58 AO, dafür einzusetzen, Rechtssicherheit für zivilgesellschaftliches, demokratisches Engagement in den Themenfeldern, Wahrnehmung und Verwirklichung von Grundrechten, Frieden, Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, informationelle Selbstbestimmung, Menschenrechte und der Gleichstellung der Geschlechter und zur Verfügbarmachung von unkommerzieller digitaler Infrastruktur, Freifunk, zu schaffen und entsprechend klarstellende, zusätzliche Kriterien der Gemeinnützigkeit in die Liste nach § 52 AO aufzunehmen.

Nr. 20/83

Fachärztliche Versorgung für Papierlose sicherstellen

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 23. Oktober 2019
(Drucksache [20/112](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept zu erstellen, wie die fachärztliche Versorgung von Papierlosen sichergestellt und ihre weitgehende Integration in die Regelversorgung gewährleistet werden kann. Dabei ist prioritär die Realisierbarkeit einer anonymisierten Gesundheitskarte zu prüfen. Das Konzept ist den staatlichen Deputationen für Gesundheit und Verbraucherschutz sowie für Soziales, Jugend und Integration binnen sechs Monaten zur Beratung vorzulegen.

Nr. 20/84

Mikroplastikbelastungen von Umwelt und Natur deutlich reduzieren

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 5. November 2019
(Drucksache [20/120](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

1. ein Leitbild „Zero Waste“ mit entsprechendem Aktionsplan zu entwickeln, der Maßnahmen wie die Förderung von Repair Cafés und Gebrauchtkaufhäusern, Mehrwegbechersystemen und Unverpackt-Angeboten umfasst, und dabei die bremsischen Gesellschaften mit einzubeziehen;
2. in der öffentlichen Beschaffung ab 2020 weitgehend auf Verpackungen und Einwegartikeln aus Plastik zu verzichten;
3. in den Pachtverträgen im Bereich Gastronomie und Verpflegung auf einen Verzicht von Plastikartikeln hinzuwirken;
4. auf Volksfesten, Sportveranstaltungen und Wochenmärkten die Verwendung von Einwegplastik zu unterbinden;
5. Gespräche mit den Betreibern von Food-Courts zu führen, um Einwegplastikgeschirr zugunsten von Mehrwegsystemen wie in der Markthalle 8 zu ersetzen;
6. Kunstrasenplätze sind für eine Übergangszeit besser zu sichern. Filter in Wasserabläufen und in Duschen helfen die Belastungen zu senken. Schneeräumungen in Bereiche außerhalb der Plätze sollen vermieden werden. Kunstrasenplätze sind gegen direkte Mikroplastikeinleitungen in die Gewässer bei Hochwasser zu schützen. Dafür ist ein kurzfristiges Konzept erforderlich, welches auch Informationen der Nutzerinnen/Nutzer für eine Reduzierung der Mikroplastikbelastungen beinhaltet;
7. das Für und Wider einer vierten Reinigungsstufe der Kläranlagen in Bremen zu prüfen, um Mikroplastik, Nanopartikel, aber auch Hormone und Medikamentenreste zu entfernen;
8. zur Regenwasserreinigung von Mikroplastik dezentral technische Filtersysteme zum Beispiel Filtertrümmen in einem Modellversuch wie in Hamburg zu erproben und auszuwerten;
9. ein Konzept dafür zu entwickeln, wie beim Straßenbau der Einbau plastikhaltiger Beläge und Markierungen reduziert beziehungsweise darauf verzichtet werden kann;
10. im Rahmen der Prüfung für die künftige Organisation der Straßenreinigung, auch zu untersuchen, ob wie in Hamburg die Reinigungsintervalle intensiviert werden können, um Mikroplastik und Feinstaubeinleitungen in die Gewässer zu reduzieren. Die in Hamburg gemachten Erfahrungen sind dabei einzubeziehen;
11. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Etat für Mikroplastikforschung sowie für Makroplastik und Plastik-Nanopartikel merklich angehoben wird; selbst beim Reifenabrieb, dem größten Verursacher von Mikroplastik in der Umwelt, besteht noch Forschungsbedarf;
12. sich auf Bundesebene und europäischer Ebene für das Verbot von Mikroplastik in Kosmetika einzusetzen und eine Initiative zur Reduktion der Einleitung von Mikroplastik in die Gewässer zu initiieren;
13. der staatlichen Deputation Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierschutz über die Fortschritte halbjährlich zu berichten.

Nr. 20/85

Das Wahlrecht für Obdachlose stärken

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. November 2019
(Drucksache [20/154](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Zusammenarbeit mit den Trägern der Obdachlosenhilfe für die nächste Bundestagswahl und andere künftige Wahlen aufrecht zu erhalten und frühzeitig darauf hinzuwirken, dass alle an der Durchführung der Wahl Beteiligten über die Möglichkeiten der Stimmabgabe für Obdachlose informiert sind und dass dafür möglichst niedrigschwellige Verfahren vorgesehen werden;
2. für die nächste Bundestagswahl in geeigneter Form eine Informationskampagne zur Wahlmöglichkeit für Obdachlose zu planen und bestehende Konzepte dabei zu berücksichtigen;
3. zu prüfen, inwiefern es möglich ist, ein Wahllokal in Treffpunkten für Obdachlose, wie beispielsweise dem Café Papagei einzurichten beziehungsweise dort die Briefwahl anzubieten;
4. ihr innerhalb von sechs Monaten zu berichten.

Nr. 20/86

Änderung des Abgeordnetengesetzes

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 18. November 2019
(Drucksache [20/166](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 20/87

Änderung des Gesetzes zur Finanzierung von Wählervereinigungen

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 18. November 2019
(Drucksache [20/167](#))

D a z u

**Änderungsantrag des Abgeordneten Jan Timke (BIW)
vom 10. Dezember 2019**
(Drucksache [20/210](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 20/88

Gesetz zur Änderung des Bremischen Justizkostengesetzes

Mitteilung des Senats vom 10. Dezember 2019
(Drucksache [20/205](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/89

Fragestunde

1. Studierendenwohnheimplätze im Goethequartier
Anfrage der Abgeordneten Janina Brünjes, Martin Günthner, Falk Wagner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 14. November 2019
 2. Wie ist der Planungsstand beim Geestesperrwerk Bremerhaven?
Anfrage der Abgeordneten Martin Günthner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 14. November 2019
 3. Beschäftigungsduldung in der Übergangszeit
Anfrage der Abgeordneten Kevin Lenkeit, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 14. November 2019
 4. Pflegekompetenzzentrum – auch im Land Bremen sinnvoll?
Anfrage der Abgeordneten Holger Welt, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 14. November 2019
 5. Breitband im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 14. November 2019
 6. Gefährdung von Kindern und Jugendlichen durch sogenannte Glücksspiel-simulierende Apps
Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Petra Krümpfer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 14. November 2019
 7. Umsetzung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 14. November 2019
 8. Wie ist es um die Zusammenarbeit zwischen dem Senat und dem Landessportbund (LSB) bestellt?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 14. November 2019
 9. Raus und rein – wie geht das Bremer Wasserkraftwerk mit Treibgut um?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 14. November 2019
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
10. Mentoring-Programm für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes mit Migrationsbiografie
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14. November 2019
 11. Bündnis „Bremen für Rojava“
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 14. November 2019

12. Brandanschläge auf Kraftfahrzeuge in Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 14. November 2019
13. Lärmschutz entlang der A 270
Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. November 2019
14. Masern-Impfpflicht für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kindertagesstätten und Schulen?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Christopher Hupe, Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. Dezember 2019
15. Programmlinien des Bundesministeriums für Bildung und Forschung für die Stärkung von strukturschwachen Regionen
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 2. Dezember 2019

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/90

Bremerhaven an das IC/ICE-Netz anbinden!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/186](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/91

Arbeitslosengeld II grundsätzlich überarbeiten!

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/193](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) erachtet die Überwindung von „Hartz IV“ für erforderlich, um das System der Arbeitslosenversicherung und der der Grundsicherung grundlegend zu reformieren. Ziel soll sein, ein bedarfsgerechtes und würdevolles Existenzminimum zu garantieren sowie Menschen in die Lage zu versetzen, ihre Existenz selbst zu sichern. Dazu sind Instrumente zu schaffen, die den individuellen Anforderungen und unterschiedlichen Problemstellungen gerecht werden;
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene im Rahmen der SGB-II-Reform und darüber hinaus für folgende Verbesserungen einzusetzen:
 - a. dass das Existenzminimum und damit auch die Unterkunftskosten grundsätzlich nicht gekürzt werden;
 - b. dass insbesondere keine Sanktionen bei Bedarfsgemeinschaften mit Kindern vorgenommen werden;
 - c. dass die verschärften Sanktionen gegen junge Menschen unter 25 Jahren abgeschafft werden;
 - d. dass eine Freiwilligkeit der Teilnahme bei Maßnahmen der geförderten Beschäftigung vorausgesetzt wird;

- e. bei Terminversäumnissen ist der Fokus auf die Ursachen zu legen statt Sanktionierung;
 - f. für ein fair berechnetes, menschenwürdiges Existenzminimum und damit für eine Erhöhung der Regelsätze. Hierbei ist ein Verfahren unter Einbindung der Sozial- und Wohlfahrtsverbänden zu entwickeln, das insbesondere Verzerrungen durch das Problem der „verdeckten Armut“ und das Herausrechnen einzelner Bedarfspositionen, die der sozialen Teilhabe dienen, ausschließt und das tatsächliche Existenzminimum ermittelt.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zur bundesweiten Änderung der Rechtslage und darüber hinaus darauf hinzuwirken, dass bei den Jobcentern im Land Bremen Ermessensspielräume im Sinne dieser Ziele zugunsten der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger genutzt werden.
 4. Der Senat soll der Bürgerschaft (Landtag) binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung berichten.

Nr. 20/92

Konzept für Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern im Land Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 4. Dezember 2019
(Drucksache [20/199](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. eine Bedarfsprognose für den kurz-, mittel- und langfristigen Bedarf an Fachkräften zu erstellen und auf dieser Grundlage gemeinsam mit dem Magistrat der Stadt Bremerhaven bis vier Monate nach Beschlussfassung ein Konzept zu erstellen, um die Ausbildungsplätze in den Fachschulen entsprechend dem Fachkräftebedarf auszubauen. Als Vorbild für eine Bedarfsprognose könnte das Gesundheitsberufe-Monitoring für das Land Bremen von 2017 dienen.
2. eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen, Vertreterinnen und Vertretern der Träger und Fachschulen sowie des Magistrats der Stadt Bremerhaven einzusetzen, um kurzfristig ein Konzept zu entwickeln, wie die Aus- und Weiterbildung zukünftig möglichst flächendeckend vergütet werden kann, und langfristig ein Modell zu erarbeiten, das die unterschiedlichen Ausbildungsformate zu einem transparenten Aus- und Weiterbildungskonzept zusammenführt.

Nr. 20/93

Bremen muss seine Anstrengungen zur Fachkräftesicherung und -entwicklung in sozialpädagogischen Berufen intensivieren!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Dezember 2019
(Drucksache [20/203](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/94

Chinesische Internierungslager sofort schließen – Uiguren schützen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE, der CDU und der FDP

vom 10. Dezember 2019

(Drucksache [20/209](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt die Inhaftierung und Drangsalierung der Uiguren in den chinesischen Internierungslagern aufs Schärfste. Die systematische Verfolgung der Uiguren und die Zerstörung ihrer Kultur ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) ächtet die Versuche der chinesischen Regierung, die uigurische Kultur durch Zwangsassimilierung zu zerstören.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die umgehende Freilassung der Gefangenen und die sofortige Schließung der Internierungslager. Die internationale Gemeinschaft muss sofort uneingeschränkten Zugang zu den Lagern erhalten.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt sehr, dass der uigurische Aktivist Ilham Tohti, der selbst interniert ist, vom Europäischen Parlament den Sakharov Preis 2019 verliehen bekommt.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht die Bundesregierung wie auch deutsche Unternehmen, die in der Provinz Xinjiang produzieren, in der Verantwortung, sich aktiv für die Beendigung der Menschenrechtsverletzungen an den Uiguren einzusetzen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundes- und EU-Ebene für die Wahrung der Menschenrechte in China und die Einhaltung der völkerrechtlichen Pflichten zum Schutz der Religionsfreiheit für alle Chinesinnen und Chinesen, auch der Uiguren, einzusetzen.
2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung auf UN-Ebene die Einrichtung einer unabhängigen Untersuchungsmission (UN Fact-Finding-Mission) unterstützt.

Nr. 20/95

Gesetz zur Änderung des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2019

(Drucksache [20/115](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 20/96

Zugang zum digitalen Nachlass – was tut der Senat?

Große Anfrage der Fraktion der FDP

vom 10. Oktober 2019

(Drucksache [20/101](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 26. November 2019

(Drucksache [20/184](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/97

Was tun gegen vorschnelle Krankenhauseinweisungen von Pflegeheimbewohnern? – Konsequenzen aus der Studie „Hospitalisierung und Notaufnahmebesuche von Pflegeheimbewohnern“ (HOMERN)

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 18. Oktober 2019
(Drucksache [20/102](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 26. November 2019

(Drucksache [20/185](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/98

Konsequenzen aus der Studie "Hospitalisierung und Notaufnahmebesuche von Pflegeheimbewohnern" (HOMERN) – Verantwortung der Bremischen Wohn- und Betreuungsaufsicht

Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Dezember 2019
(Drucksache [20/204](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/99

Gründungen von Schulen in freier Trägerschaft

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 22. Oktober 2019
(Drucksache [20/110](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 3. Dezember 2019

(Drucksache [20/191](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/100

Eilzuständigkeit für Zollvollzugsbeamte im Bremer Polizeigesetz aufnehmen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 12. November 2019
(Drucksache [20/151](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres.

Nr. 20/101

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Zuckerlastiger Fehlernährung vorbeugen, Herstellerabgabe einführen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 19. November 2019
(Drucksache [20/179](#))
2. Medizinische Zwangsmaßnahmen an trans- und intergeschlechtlichen Menschen: Beenden, aufarbeiten und entschädigen
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. November 2019
(Drucksache [20/180](#))
3. Potenziale der Abgasminderung in der Seeschifffahrt nutzen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. November 2019
(Drucksache [20/182](#))
4. Bremer Integrationskonzepte zusammenführen – „Rahmenkonzept für gesellschaftliche Teilhabe und Diversity“ erstellen!
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/192](#))
5. Reiserecht ändern – Kundinnen und Kunden besser schützen
Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/194](#))
6. Für gesunde Ernährung, gegen den Klimawandel: Aktionsplan 2025 auch an den Hochschulen in Bremen und Bremerhaven zügig erstellen!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/196](#))
7. Fünfte EU-Antidiskriminierungsrichtlinie endlich beschließen und Verbandsklagerecht im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz verankern
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/197](#))
8. Lebensmittelverschwendung bekämpfen, Containern entkriminalisieren
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/198](#))